

# Quo vadis, Germania? Das Ende des deutschen Exportmodells

Beitrag für ZEIT ONLINE  
von Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker  
Juli 2010

Am 14. Juli schrieb die Bundeskanzlerin im Handelsblatt, die deutschen Unternehmen hätten während der Krise ihre Leistungsfähigkeit verbessert „weil sie unverändert auf Innovationen und Wettbewerbsfähigkeit gesetzt haben“. „Unverändert“ ist sicher richtig, das deutsche Wirtschaftsmodell ist vor der Krise genau das gleiche wie nach der Krise. Aber „Innovationen“ als Kern dieses Modells? Da kann etwas nicht stimmen.

Vergleicht man den Anstieg der Arbeitsproduktivität, in der sich Innovation und Investition am besten niederschlagen, in Deutschland und den übrigen Ländern der Europäischen Währungsunion (EWU) in den letzten zehn Jahren, kommt man zu einem überraschenden Ergebnis: In Deutschland ist die Produktivität um etwa 0,9 Prozent pro Jahr gestiegen, in den anderen Ländern der EWU um 0,8 Prozent (Spanien 1 %, Griechenland 2,1 %, Frankreich 0,8 %). Trotz dieses – anders als die Kanzlerin suggeriert – geringen Abstands in Sachen Innovation hat sich die deutsche Wettbewerbsfähigkeit in der EWU tatsächlich dramatisch verbessert. Wie das?

Das geht nur über die Löhne. Sie sind in Deutschland real schwächer gestiegen als die Produktivität, im Rest der EWU aber wie die Produktivität oder etwas stärker. Einzelne Unternehmen können ihre Wettbewerbsfähigkeit nur durch Produktivitätssteigerung ausbauen, da sie Löhne als z.B. durch Tarifvereinbarungen gegeben akzeptieren müssen. Länder jedoch können ihre Wettbewerbsfähigkeit über das nationale Lohnniveau steigern, wenn die Politik es schafft, den Menschen ein allgemeines Gürtel-enger-als-die-Produktivität-Schnallen zu verordnen, z.B. indem sie auf die Tarifpartner einwirkt. Das ist in Deutschland seit Jahren gelungen und das definiert das deutsche Wirtschaftsmodell mehr als irgendetwas anderes.

Was schadet das, werden viele sagen, die neuesten Prognosen zeigen, dass auch dieses Jahr ein Großteil des deutschen Wirtschaftswachstums auf den Außenhandelsüberschuss zurückzuführen sein wird. Folglich habe die Kanzlerin sogar Recht mit ihrer Aussage, Deutschland komme gestärkt aus der Krise. Doch was für eine „Stärke“ ist das? Jede Milliarde Außenhandelsüberschuss der Deutschen, die beim hiesigen Wachstum positiv zu Buche schlägt, stellt im Rest der Welt ein Minus beim Wachstum dar. Die Welt insgesamt hat nichts davon, wenn ein Land durch Außenhandelsüberschüsse wächst, weil das automatisch zu Lasten der restlichen Länder geht. Das bedeutet nicht, dass der internationale Handel ein Nullsummenspiel ist. Eine zunehmende Handelsverflechtung kann in der Tat die Produktivität erhöhen und auf diesem Wege Wachstum für *alle* Beteiligten mit sich bringen. Diese Art des Wachstums durch internationale Arbeitsteilung geht aber gerade nicht mit großen Überschüssen im Handel einher, sondern mit einer starken Investitionstätigkeit im Inland gepaart mit einer soliden Zunahme des Verbrauchs.

Das deutsche Wirtschaftsmodell setzt aber klar auf Exportüberschüsse und trägt damit entscheidend zur Entstehung neuer Krisen bei, weil hohe Handelsüberschüsse die Weltwirtschaft destabilisieren. Das liegt daran, dass Handelsungleichgewichte zwingend den Aufbau von Schuldenpositionen der Defizit-Länder bedeuten. Gibt es keine Umkehr bei den Nettohandelsströmen, gewinnt ein Land also immer, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass das Abtragen der Schulden nur noch durch ihre abrupte Entwertung möglich ist. Die Finanzmarktakteure schätzen zu Recht die Fähigkeit der Schuldnerländer, ihren finanziellen Verpflichtungen aus

den Kreditverträgen mit dem Ausland nachzukommen, immer geringer ein, je länger die Situation zunehmender Verschuldung im Ausland anhält.

Glauben immer weniger Gläubiger an die Bonität der Schuldner, kommt ein sich selbst verstärkender Prozess zustande, an dessen Ende die Zahlungsunfähigkeit steht. Ob der Ausgleich der Schulden- und Vermögenspositionen dann durch das Abstürzen von Wechselkursen und/oder durch den offenen Bankrott der Schuldner stattfindet, macht im Ergebnis keinen großen Unterschied. Immer wird der Gläubiger seine einmal gewonnenen Märkte wieder abgeben oder weitgehend auf die Bezahlung der von ihm gelieferten Güter verzichten müssen. Wie die europäische Krise zeigt, sind die Folgen solcher Eruptionen für beide, Gläubiger wie Schuldner, gewaltig.

Im Lichte dessen ist die Vermutung, Deutschland sei gestärkt aus der Krise gekommen, weil es wieder Schuldner gefunden hat, abenteuerlich. Deutschland will sich erneut mit der Droge kurieren, deren Anwendung es schon zuvor schwer geschädigt hat. Das hilft aber, wie bei fast allen Drogen, nur für kurze Zeit. Extrem gefährlich wird es zudem, wenn Deutschland nun auch noch den anderen Ländern in der EWU empfiehlt, die gleiche Droge zu nehmen. Das genau tut die Deutsche Bundesbank in ihrem Monatsbericht vom Juli. Sie empfiehlt Ländern, deren Binnennachfrage bisher durchaus moderat gestiegen ist (von 2001 bis 2010 jährlich: Spanien 2,1 %, Griechenland 2,3 %, Frankreich 1,6 %), die inländische Nachfrage zurückzuführen, ohne zugleich Deutschland aufzufordern, sein Wirtschaftsmodell total zu überholen und die stagnierende Binnennachfrage (0,2 %) anzuregen. Damit sind Deflation und Stagnation in Europa vorprogrammiert. Nach der Krise liegt die europäische Inflationsrate unter dem Ziel von zwei Prozent, und weltweit droht Deflation. Eine Nachfrageschwächung in den Defizitländern durch staatliche Restriktion und einseitige Lohnkürzung kann daher nur zu einer noch stärkeren Zielverletzung führen.

Was muss an die Stelle des deutschen Exportmodells treten? Eine Rückkehr Deutschlands zu dem Modell, dem Deutschland das Wirtschaftswunder zu verdanken hat. Es wird immer vergessen, dass von 1951 bis 1980 die Reallöhne pro Stunde immer etwas stärker als die Produktivität gestiegen sind und in den drei Jahrzehnten durchschnittlich um mehr als 6 Prozent pro Jahr zulegten. Damals florierten Konsum, Investitionen und der Export. In den letzten zehn Jahren dagegen sind die realen Stundenlöhne mit 0,3 Prozent praktisch nicht mehr gestiegen und deutlich hinter der Produktivität von 0,9 Prozent zurückgeblieben. Wer verhindern will, dass die Schuldner in noch größere Schwierigkeiten kommen und vom Gläubiger Deutschland wieder künstlich beatmet werden müssen, muss konzeptionell zur Wirtschaftswunderzeit zurück.

Das aber geht nur mit einem radikalen Schwenk in der deutschen Lohnpolitik. Ohne systematische Einkommenssteigerungen gibt es keine Belebung der Binnennachfrage. Die Wirtschaftspolitik spielt hierbei die entscheidende Rolle. Sie hat in den letzten 15 Jahren mit massivem Druck auf die Gewerkschaften dafür gesorgt, dass die Arbeitnehmer nicht am Produktivitätsfortschritt teilhaben konnten. In gleicher Weise, aber in umgekehrter Richtung muss sie jetzt Druck auf die Arbeitgeber ausüben, um dafür zu sorgen, dass die Nominallöhne von nun an mindestens entsprechend der deutschen Produktivität plus der Zielinflationsrate der EZB von 2 Prozent jährlich zulegen.

Wird eine solche nationale Strategie eingebettet in eine europäische Strategie, die dafür sorgt, dass in den schwachen EWU-Ländern die Löhne etwas langsamer steigen, würden die inner-europäischen Wettbewerbsunterschiede allmählich ausgeglichen. Dann hätte der Euro eine Chance und die nächste Finanzkrise wäre ferner. Für Deutschland bedeutete das, in einem

gleitenden Übergangsprozess die Exportüberschüsse durch inländische Nachfrage zu ersetzen. Noch einige Jahre gewinnen deutsche Unternehmen sogar weiter Marktanteile, weil ihre absoluten Vorteile nur langsam abschmelzen. Gleichzeitig stiege aber bereits die heimische Nachfrage.

Wer diese wirtschaftspolitische Kehrtwende nicht will, wird erleben, dass die deutschen Marktanteile schlagartig verlorengehen, weil der Euroraum nicht zu halten ist und neue Währungen gegenüber der deutschen massiv abgewertet werden oder Protektionismus um sich greift. Danach sieht es angesichts der deutschen Halsstarrigkeit in Sachen Lohnwende leider aus. Nach der Krise ist daher vor der Krise.